17 / 2013 www.SBL2013.de 24.05.13

Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
obwohl noch knapp 120 Tage bis zur Wahl, ist der Wahlkampf allerorten zu spüren. Die ersten Podiumsdiskussionen sind gelaufen, die Hausbesuche sind in voller Fahrt… Wahlkampfzeit!
Ein Erlebnis hat mich in dieser Woche jedoch sehr nachdenklich gemacht: Eine Podiumsdiskussion in einem Gymnasium in Neustadt mit 17 und 18jährigen Schülern. Diese hatten Themen wie Mindestlohn und Frauenquote bereits im Unterricht durchgenommen und waren zu 2/3 der festen Überzeugung, dass wir KEINEN Mindestlohn und KEINE Frauenquote brauchen. Die Wirtschaft würde dies schon selbst regeln. In dieser Kerbe haute dann der CDU Kandidat rein und bezeichnete die SPD als „Gängel-Partei“, die den Menschen Freiheit nehmen wolle. Dieses Erlebnis hat mich motiviert noch mehr für mehr Gerechtigkeit und Solidarität zu kämpfen und diesen Gedanken auch wieder in den Köpfen junger Menschen als wichtiges Gut wachsen zu lassen.
Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk2.bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk.bundestag.de

Topthema

Ganztagsschulen – Wir haben einen Vorschlag gemacht!

Diese Koalition lässt die Schulen, die Lehrerinnen und Lehrer sowie die Eltern vor Ort im Stich. Die Beiträge der Koalition und von Bundesministerin Johanna Wanka im Deutschen Bundestag lassen leider keinen anderen Schluss zu.
Nicht nur, dass CDU/CSU weiter am Kooperationsverbot im Grundgesetz festhalten wollen. Darüber hinaus werden überraschend die Potenziale guter Ganztagsschulen auch wieder grundsätzlich infrage gestellt.
Der Bundestagswahlkampf scheint noch der einzige Seinszweck diese Koalition zu sein.
Unsere Bundestagsfraktion hat einen Vorschlag vorgelegt, wie Bund und Länder gemeinsam den weiteren Ausbau guter, qualitativer Ganztagsschulen im ganzen Land auf den Weg bringen können. Zu allen drei wesentlichen Punkten – Konzept, Finanzierung und Umsetzung – liegt ein Angebot vor.
Die Koalition beharrt darauf, dass der Ausbau allein Länderaufgabe sei. Angesichts der äußerst prekären Finanzlage der Länder ist dieses Abwälzen auf die Länder überhaupt nicht ernst zu nehmen.
Zwar will der Bund sehr wohl künftig wenige Spitzen-universitäten dauerhaft finanzieren, wenn es nach Bundesministerin Wanka geht. Obwohl auch eine Länderaufgabe, zieht die Koalition es vor, statt für bessere Schulen künftig Bundesmittel für wenige universitäre Leuchttürme auszugeben.
Damit beugt sich auch Wanka dem Nein von Seehofer, Tillich und Bouffier, die das Kooperationsverbot im Schulbereich unangetastet lassen wollen.
Damit wird klar, dass ein Fortschritt in unserem Schulwesen mit dieser Koalition nicht möglich ist. Wer alte Konflikte um den Ganztagsausbau reanimiert und weiterhin sinnvolle Zusammenarbeit in der Bildung mit Verboten belegt, der hat seinen Gestaltungskraft verbraucht. Frau Wanka wird auch ihren dritten Job in Folge durch Abwahl verlieren.

Verkehr

Punkterabatt – Reiche können sich freikaufen!

Die Reform des Punktesystems der Flensburger Verkehrssünderdatei ist Murks. Bundesminister Ramsauer hat sein Ziel verfehlt: einfacher, klarer und transparenter wird das System nicht. Schlimmer aber ist, dass die wichtige Chance vergeben wurde, mit der Neugestaltung die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Eigentliches Ziel der Reform sollte es sein, rücksichtslose Autofahrer stärker zur Vernunft zu bringen. Zur Not mithilfe des radikalsten Mittels: dem Führerscheinentzug.
Daher haben sich die Verkehrsexperten dafür ausgesprochen, den Punkterabatt abzuschaffen. Dieser wurde Autofahrenden mit vollem Punktekonto im alten System gewährt, wenn sie freiwillig an einem Seminar teilgenommen haben. Da aber der Punkteabbau weder mit der Verkehrssicherheit vereinbar ist, noch dazu dient, das System einfacher und transparenter zu gestalten, haben sich Verkehrsminister Ramsauer und die Fachpolitiker der Union gegen ihn ausgesprochen – sogar noch bei der ersten Debatte im Bundestag im März.
Nun hat die Union der FDP klein beigegeben: Der Punkterabatt bleibt. Die Reichen können sich freikaufen. Ob sich jedoch der Arbeiter aus dem Niedriglohnsektor das jedoch leisten kann ist zweifelhaft. Denn die Fahreignungsseminare werden neu konzipiert. Das ist sinnvoll, denn die alten waren wirkungslos. Allerdings werden diese Veranstaltungen nun mit 600 bis 800 Euro zu Buche schlagen. Kein Problem für die Klientel der FDP. Hinzu kommt, dass wir bislang nicht wissen, ob die neuen, teuren Seminare dazu taugen, Einsicht bei den Autofahrenden über ihr riskantes Verhalten im Straßenverkehr zu bewirken. Denn eine festgeschriebene Evaluation fehlt im Gesetz – auch diese war dringend von Verkehrsexperten unter anderem vom ADAC gefordert worden. Der Gesetzentwurf ist unzureichend und wird vom Bundesrat angehalten werden. Gut, wenn der Bundesrat die Fehler korrigiert, die die FDP in diesen Entwurf hinein verhandelt hat.

Umwelt

Fracking – Eile ist nicht notwendig!

Fracking mit wassergefährdenden Chemikalien gehört untersagt. Das darf nicht nur für den Einzugsbereich des Bodensees gelten. So lobenswert das Engagement von Baden-Württembergischen Abgeordneten ist: Wo kommen wir denn da hin, wenn wir in Deutschland unterschiedliche Standards je nach Intensität der politischen Lobby haben. Es gibt überhaupt keinen Grund den Bodensee auszunehmen, Talsperren im Sauer- und Siegerland aber nicht. Doppelte Standards darf es nicht geben.

Schwarz-Gelb hat sich mit dem Fracking-Gesetz vollkommen verhoben. Es gibt keine Notwendigkeit für die umgehende unkonventionelle Förderung von Erdgas. Nicht mal die Unternehmen wollen sofort damit beginnen. Deshalb bleibt der Weg richtig, den der Bundesrat vorgezeichnet hat. Jetzt ein Moratorium, dann im nächsten Schritt wissenschaftlich und behördlich abgesicherte und streng überprüfte und begleitete Probevorhaben. Daraus müssen neue Erkenntnisse gewonnen und gegebenenfalls in neue gesetzliche Rahmenbedingungen umgesetzt werden. Ein solches Gesetz, wie es Schwarz-Gelb jetzt plant, würde dagegen völlig falsche Signale setzen und gefährliche Fracking-Maßnahmen ermöglichen.

Gesundheit

Korruption – Das gehört ins Strafgesetzbuch!

Die Anträge der Koalition zur Korruptionsbekämpfung im Gesundheitswesen sind halbherzig, handwerklich schlecht gemacht und sie sind vor allem verfassungswidrig. In der Konsequenz würde in Zukunft in Fällen nachgewiesener Bestechung ein Krankenhausarzt nach dem Strafgesetzbuch verfolgt und bestraft werden, ein freiberuflicher Vertragsarzt nach dem Sozialgesetzbuch und ein Privatarzt würde gar nicht strafrechtlich belangt.

Diese völlig unverständliche Ungleichbehandlung führt dazu, dass Privatpatienten, wie zum Beispiel Beamte zum Freiwild bei Bestechung und Bestechlichkeit würden. Diese unsinnigen Folgen ihrer Gesetze sind der Koalition bekannt. Die Korruptionsbekämpfung muss im Strafgesetzbuch geregelt werden. Sie darf nicht im Sozialgesetzbuch versteckt werden. Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger hat aber aus Angst vor dem Zorn der freiberuflichen Wähler der FDP eine sinnvolle und notwendige Regelung im Strafgesetzbuch verhindert.

Gesundheitsminister Bahr hofft jetzt offenbar, dass SPD und Grüne mit ihrer Bundesratsmehrheit sein unsinniges Gesetz anhalten. Den Gefallen werden wir ihm gern tun.

Rechtsextremismus

NSU – Das Parlament hat vorbehaltlos aufgeklärt!

Der NSU-Untersuchungsausschuss tagte nun zum letzten Mal öffentlich. In knapp anderthalb Jahren hat der Ausschuss ein außergewöhnliches Beispiel dafür gegeben, wie ein demokratischer Rechtsstaat auf ein schockierendes Ereignis wie dem Auffliegen der NSU-Terrorzelle reagieren muss.

Im November 2011 wurde erkannt, dass über ein Jahrzehnt lang eine rechtsterroristische Bande mordend durch Deutschland zog – unbehelligt von allen Sicherheitsbehörden. Fassungslos stellten wir damals fest, dass es dramatische Mängel bei Polizei, Justiz, Verfassungsschutz und auch in der Politik gegeben haben muss. Diese Fehler haben die Mitglieder des Untersuchungsausschusses aufgeklärt: sensibel gegenüber den Opfern und ihren Angehörigen, engagiert in der Sache und schonungslos gegenüber den Missständen in Bund und Ländern. Über alle Parteigrenzen hinweg haben die Abgeordneten in vorbildlicher Weise zusammengearbeitet, um die Grundlage dafür zu schaffen, dass sich ein solches Versagen staatlicher Einrichtungen nie mehr wiederholt. Das Versprechen der Bundeskanzlerin, dass es umfassende Aufklärung geben werde, hat weder sie noch ihre Bundesregierung eingelöst, sondern das Parlament. Noch ist die Arbeit des Ausschusses nicht beendet. Er wird in den kommenden Monaten seine Feststellungen in einem Bericht an den Bundestag zusammenstellen, seine Bewertungen deutlich machen und Vorschläge erarbeiten, was zu tun ist. Die künftige Bundesregierung, der Gesetzgeber und die betroffenen Behörden werden diesem Werk große Beachtung schenken und es zur Grundlage ihrer Entscheidungen machen. Mit der Umsetzung dieser Vorschläge wird es hoffentlich gelingen, verloren gegangenes Vertrauen in die Sicherheitsbehörden wieder aufzubauen.

Familie

Familiensplitting – Die Union rückt wieder davon ab!

Die Union ist von ihrem verfehlten Familiensplitting-Modell wieder abgerückt. Jetzt werden nebulöse Verbesserungen versprochen, ohne konkret zu werden. Das „Prinzip Merkel“ – nichts Konkretes beschließen, sondern vage Ankündigungen machen – trifft auch hier zu. Dass ein Familiensplitting Familien mit mehreren Kindern im unteren und mittleren Einkommensbereich überhaupt nicht entlastet, haben wir bereits deutlich gemacht. Es nützt vor allem sehr gut verdienenden Eltern, insbesondere, wenn nur Mann oder Frau erwerbstätig ist. Nicht verheiratete Paare mit Kindern würden nicht vom Familiensplitting profitieren. Wir stehen für eine moderne und sozial gerechte Familienpolitik.

Bonbon

„Für einen Politiker ist es gefährlich, die Wahrheit zu sagen. Die Leute könnten sich daran gewöhnen, die Wahrheit hören zu wollen.“

(George Bernhard Shaw)

Termine

25.05.13	**11.30 Uhr**	**Tag der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, Luisenplatz NR**
	14.00 Uhr	**SPD OV AK, Fotoausstellung**
	15.00 Uhr	*SPD OV Dernbach*
	16.30 Uhr	**Tag des Mädchenfußballs, Eichelhardt**
	17.00 Uhr	**Jubiläum Tibet-Freunde, Ingelbach**
	19.30 Uhr	**Fw. Feuerwehr Leutesdorf**
26.05.13	**10.00 Uhr**	**Vesakh-Fest, Stift Hassel**
	14.00 Uhr	**Schützenfest Elkhausen**
28.05.13	**15.30 Uhr**	**Welt-MS-Tag, Kamillusklinik Asbach**
	19.00 Uhr	**VA „Kriminalität an der Haustüre“ Leutesdorf, Leyscher Hof**
29.05.13	*08.00 Uhr*	*Polizeiinspektion Betzdorf*
	16.30 Uhr	**Fachgespräch „Medizinische Versorgung im ländlichen Raum“ Villa Kraemer, Kirchen**
	18.15 Uhr	*Besuch Tagespflege „Giebelwald“ Kirchen*
	19.00 Uhr	**„Gut leben im Alter“ Krankenhaus Kirchen**
31.05.13	*09.00 Uhr*	*Besuch KiGa Wichtelnest Urbar*
	16.30 Uhr	**Demonstration L 252, Ortslage Kalenborn**
	18.00 Uhr	**Jubiläum 150 Jahre SPD Rathaus Bad Hönningen**

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**